

Niederschrift

über die Sitzung des Rates

am Mittwoch, dem 01.07.2009

**Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:**

**I. Öffentlich**

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 12.05.2009

**II. Eingaben an den Rat**

- 3 02 - 14 1101/2009 Antrag auf Finanzierung von Baumaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II

**III. Vorlagen**

- 4 01 - 14 1113/2009 Richtlinien über die Vergabe von Bauleistungen (VOB) sowie über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (VOL)  
hier: Änderung auf Grundlage des Erlasses zur „Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachung im Vergaberecht“
- 5 01 - 14 1122/2009 Ersatzwahlen zu den Ausschüssen
- 6 02 - 14 1103/2009 Maßnahmen der Stadt Emmerich am Rhein nach dem Konjunkturpaket II
- 7 04 - 14 1106/2009 E1 Erlass der 2. Nachtragssatzung zur Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder und Förderung in Kindertagespflege der Stadt Emmerich am Rhein
- 8 05 - 14 1094/2009 E1 Straßenausbau Seminarstraße
- 12 05 - 14 1126/2009 Straßenausbau Seminarstraße;  
hier: Antrag der BGE vom 18.05.2009 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung
- 9 05 - 14 1108/2009 Umgestaltung Bahnhofsumfeld;  
hier: Abschluss einer Konsensvereinbarung mit der BahnflächenEntwicklungsgesellschaft NRW mbH (BEG)
- 9a) 05 - 14 1089/2009 E1 Ausbau der Kurfürstenstraße in Emmerich am Rhein
- 9b) 07 - 14 1068/2009 E1 Finanzielle Förderung der gemeinnützigen Arbeit der Selbsthilfe e. V. - Verein für Sozialberatung -;  
hier: Eingabe der Selbsthilfe e. V.
- 10 41 - 14 1096/2009 Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Wirtschaftsplanes

2009/2010 des Eigenbetriebes KKK vom 01.08.2009 bis 31.07.2010

**IV. Anträge an den Rat**

11	05 - 14 1125/2009	Verkehrssituation Tichelkamp
13		Einwohnerfragestunde
14		Mitteilungen und Anfragen

Anwesend sind:

Die Mitglieder:

Arntzen, Helmut  
 Bartels, Gerd-Wilhelm  
 Beckschaefer, Christian  
 Bongers, Sandra  
 Braun, Elisabeth  
 Brink ten, Johannes  
 Brockmann, Manfred  
 Diekman, Rolf  
 Elbers, Markus Herbert  
 Gertsen, Gerhard  
 Gies, Norbert  
 Hinze, Peter  
 Hövelmann, Gabriele  
 Jansen, Albert  
 Koster, Gregor  
 Kukulies, Christoph  
 Kulka, Irmgard  
 Labod, Jörg  
 Lang, Hermann  
 Lorenz, Marianne  
 Mölder, Manfred  
 Offergeld, Birgit  
 Roebrock, Wilhelm  
 Slood, Birgit  
 Spiegelhoff, Werner  
 Spiertz, Andre  
 Spiertz, Hans Joachim  
 Tapaß, Udo  
 Trüpschuch, Elke  
 Wardthuysen, Günter  
 Weicht, Sigrid

Von der Verwaltung:

Bürgermeister Diks, Johannes  
 als Bürgermeister

Stadtkämmerer Siebers, Ulrich  
 Holtkamp, Günter  
 Baumgärtner, Michael  
 Lebbing, Martina  
 Wissink, Susanne (stellv. Schriftführerin)

Vom Eigenbetrieb KKK:

Rozendaal, Michael

Der Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung des Rates um 17.00 Uhr. Er begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, der örtlichen Presse und die Einwohner.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, dass die Tagesordnungspunkte

8 05 - 14 1094/2009 E1 Straßenausbau Seminarstraße

12 05 - 14 1126/2009 Straßenausbau Seminarstraße;  
hier: Antrag der BGE vom 18.05.2009 an den Vorsitzenden des  
Ausschusses für Stadtentwicklung

zusammen beraten werden.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

## I. Öffentlich

### 1 Einwohnerfragestunde

1. Verkehrszählung in Elten;  
hier: Anfrage von Hans Frericks

Die Frage von Herrn Frericks wird von der Verwaltung schriftlich beantwortet.

2. Schulbus;  
hier: Anfrage von Stefan Hetterscheidt

Herr Hetterscheidt bezieht sich auf seine Frage in der letzten Sitzung des ASE betr. des Schulbusses, der auch an Tagen auf der Seminarstraße steht, wenn keine Schule ist. Letztens stand der Bus dort 30 Min. und blockiert Straßen und Ausfahrten. Der Vorsitzende teilt hierzu mit, dass die BGE-Fraktion hierzu eine schriftliche Antwort erhalten hat.

Ferner verweist er auf den Bus, der die behinderten Kinder zum Schwimmunterricht bringt und an der Bergstraße hält, obwohl dort keine Haltestelle ist. Er fragt nach, ob dieses versicherungstechnisch erlaubt ist. Die Verwaltung wird dieses prüfen.

### 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 12.05.2009

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

## II. Eingaben an den Rat

### 3 02 - 14 1101/2009 Antrag auf Finanzierung von Baumaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II

Auf entsprechende Anfrage von Mitglied Beckschaefer teilt Stadtkämmerer Siebers mit, dass Mittel aus dem Konjunkturpaket II erst bei Durchführung der Maßnahmen greifen. Auch im nächsten Jahr könnten noch Mittel aus dem Konjunkturpaket II ausgegeben.

Mitglied Beckschaefer wünscht, dass, sollten Mittel aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung stehen, diese für das Haus der Familie vorzusehen.

Der Vorsitzende lässt über die Stellungnahme der Verwaltung, mit der Ergänzung von Mitglied Beckschaefer, abstimmen.

Die Stadt Emmerich am Rhein erhält aus dem Konjunkturpaket II für den Investitionsschwerpunkt Bildungsinfrastruktur eine Zuwendung des Landes gem. § 10 Abs. 3 Investitionsförderungsgesetz NRW in Höhe von 1.748.353,00 EUR. Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 d) können die Finanzhilfen trägerneutral auch für kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung eingesetzt werden.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein entscheidet am 30.06.2009 über die geförderten Maßnahmen (siehe Vorlage 02-14 1103/2009). Aufgrund der beschränkten Fördermittel konnte die beantragte Erneuerung der Heizungsanlage im Haus der Familie jedoch nicht in den Maßnahmenkatalog aufgenommen werden.

Sollten Mittel aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung stehen, werden diese für die Maßnahmen im Haus der Familie eingesetzt.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

## III. Vorlagen

### 4 01 - 14 1113/2009 Richtlinien über die Vergabe von Bauleistungen (VOB) sowie über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (VOL) hier: Änderung auf Grundlage des Erlasses zur „Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachung im Vergaberecht“

Der Vorsitzende verweist auf eine redaktionelle Änderung:  
In der Vorlage unter Punkt 2.5.3 Satz 1 muss es richtig lauten:

Bis zu folgenden voraussichtlichen Auftragswerten können unter Anwendung der Beschränkten Ausschreibung Vergabeverfahren durchgeführt werden:

- 600.000 € im Tiefbau
- 300.000 € Rohbauarbeiten im Hochbau (Erd-, Beton- und Maurerarbeiten mit oder ohne Putzarbeiten)
- 150.000 € für Ausbau- und sonstige Gewerke im Hochbau sowie für Pflanzungen und Straßenausstattungen

- bis 100.000 € im Bereich Lieferungen und Leistungen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Vergabeausschuss empfiehlt dem Rat die Änderung der Richtlinien über die Vergabe von Bauleistungen (VOB) sowie über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (VOL) der Stadt Emmerich am Rhein.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

## **5 01 - 14 1122/2009 Ersatzwahlen zu den Ausschüssen**

Mitglied Spiertz stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt

Frau Gudrun Beckschaefer als Beisitzerin für die ausgeschiedene Beisitzerin Frau Sandra Bongers

und

Herrn Jürgen Frericks als Beisitzer für den ausgeschiedenen Beisitzer Herrn Norbert Gies in den Wahlausschuss der Stadt Emmerich am Rhein zu wählen.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

## **6 02 - 14 1103/2009 Maßnahmen der Stadt Emmerich am Rhein nach dem Konjunkturpaket II**

Mitglied Gertsen stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

1. Der Rat beschließt die in der Anlage 1 beschriebenen Maßnahmen der Stadt Emmerich am Rhein nach dem Konjunkturpaket II.
2. Gem. § 6 InvföG genehmigt der Rat die im Haushaltsjahr 2009 überplanmäßigen oder außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für die vorgesehenen Investitionsmaßnahmen.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der aufzubringende kommunale Eigenanteil von 12,5 % an den o.g. Investitionsmaßnahmen in den Jahren 2012-2021 zu jeweils einem Zehntel pauschal von den finanzkraftunabhängigen Zuweisungen nach Maßgabe des jährlichen Gemeindefinanzierungsgesetzes in Abzug gebracht werden wird.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

## **7 04 - 14 1106/2009 E1 Erlass der 2. Nachtragssatzung zur Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder und Förderung in Kindertagespflege der Stadt Emmerich am Rhein**

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Nachtragssatzung zur Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

## 8 05 - 14 1094/2009 E1      **Straßenausbau Seminarstraße**

Der Tagesordnungspunkt 8 wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 12 behandelt.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs nimmt Bezug auf die Vorlage und die Beratungen im Ausschuss für Stadtentwicklung. Die Verwaltung hat die Fragen betr. einer Einstufung als Anlieger- oder Haupterschließungsstraße aus der Sitzung eingehend geprüft und in der Vorlage beantwortet. Ergänzend teilt er mit, dass die Anwohner von den KBE in der vergangenen Woche über die Kanalausbaumaßnahmen informiert wurden.

Mitglied Beckschaefer bezieht sich auf den vorliegenden Antrag seiner Fraktion und die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung. Die Frage, wie die Verwaltung reagiert, wenn die Straße als Haupterschließungsstraße abgerechnet wird, ist in der Vorlage nicht beantwortet worden. Er nimmt Bezug auf ein von einem Bürger der Seminarstraße verfasstes Schreiben, das an Ratsmitglieder und der Verwaltung verteilt wurde. Nach Aussage des Mitgliedes Beckschaefer belegt das dem Schreiben beiliegende Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Greifswald die Einstufung als Haupterschließungsstraße in einem ähnlich gelagerten Fall. Die Bürgergemeinschaft beantragt, die Seminarstraße als Haupterschließungsstraße abzurechnen und den Beschlussvorschlag entsprechend abzuändern.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs nimmt Bezug auf das von Mitglied Beckschaefer angesprochene Schreiben. In diesem wird die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Greifswald als Urteil qualifiziert. Es handelt sich jedoch um einen Beschluss, das heißt, die zuständige Kammer hat den Sachverhalt allenfalls summarisch geprüft und nicht im Detail. Dieses wird dem späteren Hauptsacheverfahren vorbehalten.

Es wurde ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Bewertung als Straße (Anlieger- oder Haupterschließungsstraße) von vielen Indikatoren abhängig ist, die im Gesamten dann ein Bild ergeben, z. B. die Verkehrsplanung, die Frage, des auf dieser Verkehrsplanung beruhenden Ausbauzustandes, die straßenrechtliche Einordnung und ansatzweise die Frage der tatsächlichen Verkehrsverhältnisse.

Mitglied Beckschaefer teilt mit, dass seine Fraktion das Für und Wider der Vorlage abgewogen hat. Er bittet, über den Antrag seiner Fraktion abzustimmen.

Mitglied Jansen bittet die Konsequenzen bei Beschlussfassung des Rates über die Klassifizierung der Seminarstraße als Haupterschließungsstraße deutlich zu machen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erläutert, dass die Entscheidungskompetenz nicht dem Rat obliegt. Er verweist auf seine diesbezüglichen Ausführungen in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung. Die Verwaltung hat die Entscheidung eingehend geprüft und kommt zu dem Ergebnis, dass die Seminarstraße als Anliegerstraße zu qualifizieren ist. Sollte der Rat heute die Einstufung als Haupterschließungsstraße beschließen, so hat der Bürgermeister zu prüfen, ob eine Beanstandungspflicht aus den Bestimmungen der Gemeindeordnung erwächst.

Führt die rechtliche Würdigung des Sachverhaltes zu dem Ergebnis, dass der Ratsbeschluss geltendes Recht verletzt, so beanstandet der Bürgermeister den Beschluss. Der Rat hat daraufhin noch einmal über den Sachverhalt Beschluss zu fassen; hält der Rat an seinem Beschluss fest, so ist der Bürgermeister verpflichtet, unverzüglich die Entscheidung der Aufsichtsbehörde, also des Landrates, einzuholen.

Der Landrat müsste dann prüfen und zu einer Entscheidung kommen und entsprechend bestätigen oder aufheben. Sollte der Landrat entscheiden, dass die Verwaltung richtig entschieden hätte, würden Beitragsbescheide herausgeschickt werden.

Diese wären dann bei Einlegung entsprechender Rechtsmittel durch die Beitragspflichtigen

gerichtlich überprüfbar.

Mitglied Beckschaefer verdeutlicht, dass seiner Meinung nach die Verwaltung zu verantworten hat, sollte die Ausschreibung schon rausgegangen sein. Es ist in keinem Ausschuss der Beschluss gefasst worden, die Seminarstraße auszubauen. Lediglich der Ältestenrat hat hier zwar zugestimmt, jedoch er ist kein Beschlussgremium.

Seiner Ansicht nach wird der Unternehmer, der den Auftrag bekommen sollte, keinen Schadenersatzanspruch stellen, da er ja zukünftig noch weitere Aufträge erhalten möchte.

Mitglied Diekman macht deutlich, dass seine Fraktion dem Vorschlag der BGE folgen wird.

Der Vorsitzende teilt ergänzend in diesem Zusammenhang mit, dass aufgrund der niedrigen Anmeldezahlen für die Hauptschüler in Zukunft wahrscheinlich nur noch die in Elten wohnenden Kinder zur Hauptschule gehen werden und somit auch weniger Busse die Seminarstraße befahren.

Weiterhin erklärt er, dass sollte heute der Beschluss gefasst werden, die Seminarstraße in eine Haupterschließungsstraße einzustufen, die Kosten für den Ausbau neu ermittelt werden müssten.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs macht noch einmal deutlich, dass der Rat eine rechtmäßige Entscheidung herbeiführt, wenn er der Verwaltungsvorlage folgt und die Beitragsbescheide versandt und angegangen werden können.

In der Diskussion wurde bisher auf die 'gefühlten Verkehre' verwiesen. Die tatsächlichen Verkehre sind nicht die Kriterien, die bei der Wertung nach KAG ausschlaggebend sind. Sollte der Rat sich für eine Haupterschließungsstraße entscheiden, müsste die Verwaltung neu ausschreiben. Weiterhin müsste eine neue Planung erstellt werden, da für die Haupterschließungsstraße Grundstückskäufe getätigt werden müssen. Es werden aufwendige Ausbaumaßnahmen nötig und die Ausbaukosten würden sich um ein Vielfaches erhöhen.

Mitglied Beckschaefer bittet nicht alles zu zerreden. Er regt an den Beschluss zu fassen, die Seminarstraße in eine Haupterschließungsstraße einzustufen.

Somit würden die Punkte 1 - 3 des Beschlussvorschlages hinfällig. Dann würde das Verfahren greifen, wie vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs heute vorgetragen.

Auf entsprechende Nachfrage von Mitglied Sloot teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass die Kanalbaumaßnahmen auf der Seminarstraße notwendig sind und keinen Aufschub duldet. Der Ausbau durch die Verknüpfung von Kanal- und Straßenausbaumaßnahmen würde erheblich günstiger werden.

Die Bürger sind über die Kanalbeitragssatzung verpflichtet, die Kosten für die Kanalbaumaßnahmen zu tragen. Die genauen Kosten können derzeit nicht ermittelt werden.

Der Antrag von Mitglied Beckschaefer auf Schluss der Debatte kann von ihm nicht gestellt werden, da er sich an der Debatte beteiligt hat.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der BGE, dass die Seminarstraße in eine Haupterschließungsstraße eingestuft wird, abstimmen.

Der Rat beschließt die Einstufung der Seminarstraße als Haupterschließungsstraße.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 10 Enthaltungen

- 12 05 - 14 1126/2009 Straßenausbau Seminarstraße ;  
hier: Antrag der BGE vom 18.05.2009 an den  
Vorsitzenden des Ausschusses für  
Stadtentwicklung**

Die Vorlage wurde im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 12 behandelt.

- 9 05 - 14 1108/2009 Umgestaltung Bahnhofsumfeld ;  
hier: Abschluss einer Konsensvereinbarung mit der  
BahnflächenEntwicklungsGesellschaft NRW mbH  
(BEG)**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Rat beschließt, im Rahmen des Projektes „Umgestaltung Bahnhofsumfeld“ eine Konsensvereinbarung mit der BahnflächenEntwicklungsGesellschaft NRW mbH (BEG) abzuschließen.

Damit wird der Wiedernutzung von entbehrlichen Bahnflächen Vorrang gegenüber der Entwicklung von neuen Baugebieten im Freiraum eingeräumt.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**9a) 05 - 14 1089/2009 E1 Ausbau der Kurfürstenstraße in Emmerich am Rhein**

Mitglied Diekman berichtet von der Bürgerbeteiligung, die erst nach der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung stattgefunden hat. So konnten die Anregungen der Bürger nicht in die Vorlage einfließen.

Von den Anliegern wurden die großkronigen und sehr eng stehenden Bäume angesprochen, die zu einer großen Verschattung führen.

Seine Fraktion stellt den Antrag, die großkronigen Bäume im Zuge der Baumaßnahmen zu entfernen. Er fragt nach, ob die Kosten heute schon beziffert werden können.

Herr Baumgärtner teilt hierzu mit, dass insgesamt 25 Bäume (425 m<sup>2</sup> Pflanzfläche) wovon 4 Bäume gefällt werden müssten. Es würden ca 17 oder 18 schmalkronige Hainbuchen neu gepflanzt werden. Inklusiver neuer Pflanzflächen (Rasen) belaufen sich die Kosten auf ca. 20. - 25.000 Euro. Die Kosten würden sich je Quadratmeter um 0,30 € erhöhen.

Mitglied Spiertz teilt mit, dass die Garagenzufahrt eines Anwohner nicht richtig geplant wurde. Aufgrund eines Telefonates mit Herrn Dormann hat dieser dem Petenten zugesagt, dass dieses geprüft und neu geplant wird.

Die BGE-Fraktion schließt sich dem Vorschlag von Mitglied Diekman an.

Mitglied Diekman stellt den Antrag, so zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt das Ergebnis der Bürgerinformation vom 18.06.2009 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Straßenausbau „Kurfürstenstraße“ im Haushaltsjahr 2009 durchzuführen.

Weiterhin beschließt der Rat, die großkronigen Bäume auf der Kurfürstnstraße zu entfernen und durch malkronige Hainbuchen zu ersetzen.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**9b) 07 - 14 1068/2009 E1      Finanzielle Förderung der gemeinnützigen Arbeit der Selbsthilfe e. V. - Verein für Sozialberatung - ; hier: Eingabe der Selbsthilfe e. V.**

Mitglied Bartels bezieht sich auf den Antrag der Selbsthilfe e. V., dem seine Fraktion in der damals dargelegten Form zugestimmt hat. Mittlerweile weichen die Wünsche in erheblichem Umfang von den ursprünglichen ab. Auch kann die Absage der Sozialhilfe e. V. bezüglich der Räumlichkeiten im AWO-Gebäude an der Gerhard-Storm-Straße nicht nachvollzogen werden.

Aus den genannten Gründen stimmt seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zu.

Mitglied Kukulies schließt sich den Ausführungen an und stimmt dem Beschlussvorschlag nicht zu.

Mitglied Gertsen verweist darauf, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag schon im Sozialausschuss nicht zugestimmt hat. Auch seine Fraktion kann nicht verstehen, warum die Sozialhilfe e. V. dem Vorschlag der Verwaltung bezügl. der Räumlichkeiten nicht zugestimmt hat.

Mitglied Gertsen stellt den Antrag, den Antrag des Vereins Selbsthilfe e. V. abzulehnen.

Mitglied Diekman ist der Meinung, dass der in der Presse veröffentlichte Artikel schlechte Stimmung schafft. Seine Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag auch weiterhin zu und stellt den Antrag, so zu beschließen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Diekman, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Rat beschließt, den Antrag des Vereins Selbsthilfe e.V. positiv zu bescheiden und beauftragt die Verwaltung, nach geeigneten Räumen zu suchen.

Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür 24 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Somit ist der Antrag von Mitglied Diekman abgelehnt und der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Gertsen, den Antrag des Vereins Selbsthilfe e. V. abzulehnen, abstimmen.

Der Rat beschließt, den Antrag des Vereins für Sozialberatung „Selbsthilfe e. V.“ abzulehnen.

Beratungsergebnis: 24 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**10 41 - 14 1096/2009 Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Wirtschaftsplanes 2009/2010 des Eigenbetriebes KKK vom 01.08.2009 bis 31.07.2010**

Mitglied Gies stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt den Wirtschaftsplan 2009/2010 des Eigenbetriebes Kultur Künste Kontakte der Stadt Emmerich am Rhein vom 01.08.2009 bis 31.07.2010.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**IV. Anträge an den Rat**

**11 05 - 14 1125/2009 Verkehrssituation Tichelkamp**

Mitglied Kukulies begründet kurz den vorliegenden Antrag.

Mitglied Gertsen stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu verfahren.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Verkehrssicherheit in Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht Kreis Kleve und der Polizei für Fußgänger und Radfahrer zu überprüfen und das Ergebnis möglichst in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vorzustellen.

**Begründung :**

Der Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit den zu beteiligenden Institutionen –Polizei und Verkehrswacht- die Situation vor Ort untersuchen und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation erarbeiten und im Ausschuss für Stadtentwicklung vorstellen. Die Verwaltung wird kurzfristig Kontakt sowohl zur Polizei als auch zur Verkehrswacht aufnehmen und sich bemühen, die Thematik bereits in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 18.08.2009 zu behandeln. Dies kann zum jetzigen Zeitpunkt mit Blick auf die Notwendigkeit der Beteiligung weiterer Entscheidungsträger und der zu erwartenden terminlichen Enge aufgrund der bevorstehenden Sommerpause nicht zugesagt werden.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**13** **Einwohnerfragestunde**

Anfragen seitens der Einwohner liegen nicht vor.

## 14

**Mitteilungen und Anfragen**Mitteilungen

1. Sitzung des Wahlausschusses;  
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass der Wahlausschus am 21.07.2009 tagen wird.

Anfragen

1. Ausbau Steinstraße,  
hier: Anfrage von Mitglied Beckschaefer

Auf Anfrage von Mitglied Beckschaefer teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass die Gebührenrückerstattung für die Steinstraße während der Bauphase im den Anwohnern im Rahmen des Gebührenbescheides zugeht.

2. Straßenschäden der B 8;  
hier: Anfrage von Mitglied Roebrock

Mitglied Roebrock verweist auf die Straßenbelagschäden, die durch den LKW-Verkehr verursacht werden und fragt nach, ob in Zukunft hier Reparaturarbeiten anstehen.

Der Verwaltung sind derartige Schäden zur Zeit nicht bekannt, sie sagt Prüfung zu.

3. Umleitung B 220/Autobahnabfahrt Emmerich;  
hier: Anfrage von Mitglied Sloot

Mitglied Sloot verweist in diesem Zusammenhang auf die Umleitung B220/Autobahnabfahrt Emmerich. Da auch in Elten erhebliche Straßenschäden im Bereich Marktplatz und auch an den Seitenstreifen festgestellt wurden, vermutet sie, dass diese, ähnlich wie auch in Praest, durch die Umleitung der Autobahnabfahrt Emmerich am Rhein entstanden sind. Sie bittet die Verwaltung sich mit den zuständigen Behörden diesbezüglich in Verbindung zu setzen. Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

4. Bußgeldbescheide  
hier: Anfrage von Mitglied Sloot

Mitglied Sloot bittet die Verwaltung auch in Elten, ganz besonders vormittags, öfter den ruhenden Verkehr zu überwachen.

Weiter fragt sie nach, ob die Bußgeldbescheide, die an niederländische PKW-Halter ausgestellt werden, auch geahndet werden.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.30 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin